

Markus P. – Ein Opfer in Angst



Richter Sebastian J.: Keine Gnade mit Opfern.

Wie immer – und nur – wenn Deutschland per Video einmal Zeuge der täglichen Gewalt auf Straßen und in U-Bahnen wird, sorgte der Überfall und versuchte Mord am jungen Markus P. zu Ostern auf einem Berliner Bahnsteig für Entsetzen. Das Entsetzen steigerte sich, als die Täter, die sich unter dem Fahndungsdruck gestellt hatten, mit Sebastian J., (*Foto, 46*) einen „verständnisvollen“ Haftrichter fanden, der die Verbrecher nach erfolgtem Geständnis wieder laufen ließ. Der Empörung schlossen sich diesmal auch Fachleute, Sozialwissenschaftler, Juristen, forensische Psychiater und Polizisten an. Das Opfer wendet sich jetzt mit einem offenen Brief an die Berliner Justizsenatorin von der Aue.

Hier ist [der Brief im Wortlaut](#):

Sehr geehrte Frau Justizsenatorin von der Aue,

mein Name ist Markus P. ich möchte meinen vollen Namen aus Angst nicht nennen.

Ich bin am Sonnabend morgen auf dem U-Bahnhof Friedrichstraße in Berlin von einem Torben P. angegriffen und durch mehrere Tritte auf den Kopf schwer verletzt worden.

Ich kann mich an nichts erinnern, aber das Tatvideo macht mich total betroffen!

Es ist für mich wie ein weiterer Tritt ins Gesicht, dass der Täter sofort wieder freigelassen wurde.

Ich frage mich:

1.) Warum haben Sie dem Staatsanwalt nicht gesagt, dass er Beschwerde gegen die Haftverschonung von Torben P. einlegen soll?

2.) Warum haben Sie Ihre Staatsanwälte nicht längst angewiesen, die Tat wegen niedriger Beweggründe als versuchten Mord einzuordnen?

Ich erwarte, dass Sie umgehend Ihres Amtes walten und Ihren Staatsanwälten klare Ansagen machen.

In Ihrer Antwort an mich können Sie bitte auf das typische Politikergerede verzichten.

Mit freundlichem Gruß,

Markus P.

Genau das übliche Politikergerede wird er aber von der Senatorin bekommen. Man kann es schon vorher sehen: Wie immer in solchen Fällen wird die Politik sich auf die „Rechtslage“ zurück ziehen. Dass Politiker dazu da sind, die Rechtslage zu schaffen und bei Bedarf zu ändern, wird dabei verschwiegen. Wie auf vielen Gebieten schafft man zuerst schlechte Gesetze, um dann Beschwerden der Bürger mit Hinsicht auf die Gesetzeslage achselzuckend abzuschmettern.

